



steuerberatung – wirtschaftsberatung – wirtschaftsprüfung

Klienten-Info im Textformat

Ausgabe 12/2017

Inhaltsverzeichnis

- Registrierkassenpflicht - Jahresbeleg
- Starke Verschärfungen durch die Datenschutz-Grundverordnung
- Kurz-Info: Abschaffung der "Mietvertragsgebühr" und weitere Neuerungen
- Online-Werbung weiterhin nicht von der Werbeabgabe erfasst
- Anwaltskosten der Tochter als außergewöhnliche Belastung beim Vater?
- Neuerungen für ausländische Unternehmen im Schweizer Mehrwertsteuerrecht ab 1.1.2018
- Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr 2018

Registrierkassenpflicht - Jahresbeleg

Schritt 1: Zum Abschluss Ihres Geschäftsjahres müssen Sie mit jeder Registrierkasse einen Jahresbeleg erstellen. Der Jahresbeleg ist der Monatsbeleg für Dezember. Wie jeder andere Monatsbeleg ist auch der Monatsbeleg Dezember ein Nullbeleg. Daher: **Jahresbeleg = Monatsbeleg Dezember = Nullbeleg**

Schritt 2: Zur verpflichtenden Überprüfung des Manipulationsschutzes Ihrer Registrierkassen brauchen Sie den Jahresbeleg.

Schritt 1: Erstellung des Jahresbeleges

Erstellen Sie Ihren Jahresbeleg (Monatsbeleg Dezember) bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres. Der Jahresbeleg kann wie jeder andere Nullbeleg durch Eingabe des Wertes 0 erstellt werden. Diesen Ausdruck bewahren Sie bitte 7 Jahre lang auf.

Wenn Ihre Registrierkasse den Jahresbeleg elektronisch erstellt und über das Registrierkassen-Webservice zur Prüfung an FinanzOnline übermittelt, brauchen Sie den Jahresbeleg nicht auszudrucken und aufzuheben. Überprüfen Sie, ob Ihre Kasse diese Voraussetzungen erfüllt. Auch Ihr Kassenhersteller kann Ihnen dabei weiterhelfen.

Für die Erstellung des Jahresbeleges brauchen Sie die Signaturerstellungseinheit (Sicherheitskarte). Funktioniert diese gerade nicht, so erstellen und prüfen Sie Ihren Jahresbeleg bitte unmittelbar nach Ende des Ausfalls.

rainbergstr. 3a, 5020 salzburg
tel. +43(0)662-64 66 68-0, fax +43(0)662-64 66 68-230, mail office@quintax.at

volksbank salzburg regGenmbH, IBAN: AT48 4501 0000 0216 1289, BIC: VBOEATWWSAL
creditanstalt AG, IBAN: AT25 1100 0059 5427 6100, BIC: BKAUATWW
salzburger landeshypo AG, IBAN: AT68 5500 0000 0284 5366, BIC: SLHYAT2S
landesgericht salzburg FN 252811 g
wt-code 803718, UID-nr. ATU61431828
es gelten die allgemeinen auftragsbedingungen für wirtschaftstreuhandberufe

Schritt 2: Prüfung des Jahresbeleges

Die verpflichtende Überprüfung Ihres Manipulationsschutzes kann manuell mit der BMF Belegcheck-App oder automatisiert über ein Registrierkassen-Webservice durchgeführt werden.

Wichtig: Die Überprüfung des Jahresbeleges (manuell oder automatisiert) muss **spätestens bis zum 15. Februar des Folgejahres** passieren. Dies gilt auch, wenn diese verpflichtende Überprüfung durch Ihre steuerliche Vertretung erfolgt. Bitte beachten Sie diese Frist, denn eine Prüfung nach dem 15.2. könnte als Finanzordnungswidrigkeit ausgelegt werden.

Was tun, wenn Sie ein Geschäft betreiben, das am 31.12. über Mitternacht hinaus Barumsätze erwirtschaftet? Dann dürfen Sie den Jahresbeleg nach dem letzten Barumsatz des 31.12. bzw. unmittelbar vor Beginn des folgenden Geschäftstages erstellen, wenn Sie die Umsätze nach Mitternacht in Ihrer Buchhaltung dem 31.12. zurechnen.

Was tun, wenn Sie einen Saisonbetrieb haben und Ihr letzter Barumsatz war z.B. im September? Dann wird der Monatsbeleg September (Nullbeleg September) als Jahresbeleg akzeptiert. Die Prüfung dieses Beleges können Sie unmittelbar nach der Erstellung durchführen und müssen dafür nicht bis zum Ende des Kalenderjahres warten.

Starke Verschärfungen durch die Datenschutz-Grundverordnung

Am 25. Mai 2018 wird die **europäische Datenschutz-Grundverordnung** Geltung erlangen, welche in Österreich durch das **Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018** umgesetzt wurde. Bis dahin gelten noch die Regelungen des **Datenschutzgesetzes 2000**. Die Notwendigkeit für Änderungen ist auch auf den stetig wachsenden Binnenmarkt und damit unionsweiten Austausch **personenbezogener Daten** zurückzuführen. Schließlich soll auch der raschen technologischen Entwicklung (Cloud Computing, Big Data, usw.) und den Herausforderungen durch die **Globalisierung** besser Rechnung getragen werden. Unternehmen sind gut beraten, die Maßnahmen für einen besseren Datenschutz entsprechend umzusetzen - auch weil **sehr hohe Strafen** drohen. Betroffen von den Neuregelungen sind Unternehmen (innerhalb der EU bzw. aus Drittstaaten, sofern sie Leistungen an EU-Bürger anbieten) bereits dann, wenn sie in irgendeiner Weise **personenbezogene Daten verarbeiten**, indem z.B. Kundendateien geführt werden, Rechnungen ausgestellt werden oder Lieferantendaten gespeichert werden. Immerhin wird es zukünftig **keine Meldepflicht** mehr bei der **Datenschutzbehörde** (Datenverarbeitungsregister) geben.

Das Recht auf Datenschutz ist ein **Grundrecht**, welches in Österreich im Verfassungsrang steht. Es ist nicht nur vom Staat, sondern auch unter Privaten einzuhalten - wesentlich ist dabei das Prinzip "**Verbot mit Erlaubnisvorbehalt**". Dahinter verbirgt sich die strenge Maxime, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten grundsätzlich verboten ist und nur dann vorgenommen werden darf, wenn es das Gesetz (ausnahmsweise) erlaubt. Nachfolgend sind **wesentliche Aspekte** bzw. **Neuerungen** dargestellt.

Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen

Durch passende **technische und organisatorische Maßnahmen** und Verfahren müssen die **Rechte** der betroffenen Personen **geschützt** werden. **Datenschutzrechtliche Voreinstellungen** sollen

sicherstellen, dass nur jene personenbezogenen Daten verarbeitet werden, welche für den jeweiligen bestimmten **Verarbeitungszweck erforderlich** sind. Praktisch bedeutet dies, dass personenbezogene Daten (von Bewerbern, ehemaligen Mitarbeitern, Kunden, usw.) strenger geschützt werden müssen und auch **gelöscht werden müssen**, wenn der **Verarbeitungszweck erfüllt** ist. Zugleich muss **mehr Transparenz** gegenüber Aufsichtsbehörden, Kunden sowie Mitarbeitern sichergestellt werden. Insgesamt betrachtet müssen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten die **Grundsätze Rechtmäßigkeit**, Verarbeitung nach **Treu und Glauben**, **Transparenz** (d.h. die Datenverarbeitung muss für die betroffene Person nachvollziehbar sein), **Zweckbindung** (im Vorhinein festgelegter eindeutiger und legitimer Zweck), **Datenminimierung**, **Richtigkeit** (es sollen nur sachlich richtige Daten verarbeitet werden - unrichtige Daten sind unverzüglich zu löschen bzw. zu berichtigen), **Speicherbegrenzung** sowie **Integrität und Vertraulichkeit** (die personenbezogenen Daten müssen vor unbefugter/unrechtmäßiger Verarbeitung und auch vor unbeabsichtigtem Verlust geschützt werden) **erfüllt** sein.

Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

Das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten hat vergleichbar den derzeitigen DVR-Meldungen neben dem **Zweck der Datenverarbeitung** weitere Informationen zu enthalten wie z.B. die **Beschreibung** der Kategorien der von der Datenverarbeitung betroffenen **Personen** und der entsprechenden Daten (etwa Rechnungs- und Adressdaten von Kunden und Lieferanten). Ebenso muss das Verzeichnis die **Empfängerkategorien** der personenbezogenen Daten enthalten (z.B. Sozialversicherung, Finanzamt, Rechtsanwalt, Steuerberater, usw.) einschließlich der Empfänger in Drittländern oder internationalen Organisationen. Das Verzeichnis wird durch die vorgesehenen Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien sowie eine Beschreibung der **technischen und organisatorischen Datensicherheitsmaßnahmen** vervollständigt. Unternehmen mit **weniger als 250 Mitarbeitern** sind von der Verpflichtung zur Führung solcher Verzeichnisse **nur dann befreit**, sofern die **Datenverarbeitung kein Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen darstellt**, die **Verarbeitung nur gelegentlich** erfolgt oder die **Verarbeitung keine sensiblen Daten** bzw. Daten über strafrechtliche Verurteilungen beinhaltet.

Meldung von Datenschutzverletzungen

Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten müssen den **nationalen Aufsichtsbehörden** sowie der **betroffenen Person möglichst rasch mitgeteilt** werden. Ausnahmen davon gelten, sofern die Verletzung nicht zu einem Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten führt.

Datenschutzbeauftragter

Für das Unternehmen muss **verpflichtend** ein **Datenschutzbeauftragter** bestellt werden, wenn die **Kerntätigkeit** des Unternehmens in Verarbeitungsvorgängen besteht, welche eine **umfangreiche, regelmäßige und systematische Beobachtung** von betroffenen Personen erforderlich macht oder etwa besonders sensible Daten über strafrechtliche Verurteilungen oder Straftaten verarbeitet werden. Bei der Bestellung des Datenschutzbeauftragten ist zu bedenken, dass die Person **weisungsfrei** ist, **Kündigungsschutz** genießt und **uneingeschränkte Einsichtsrechte** in die verarbeiteten Daten hat.

Informationspflichten und Betroffenenrechte

Vielfältige **Informationen und Betroffenenrechte** sind **zeitnah** zur Verfügung zu stellen bzw. zu erledigen. Davon umfasst sind etwa **Auskunftsrechte** (auch über die geplante Speicherdauer), das Recht auf Berichtigung, das Recht auf Löschung und auf "Vergessenwerden", das Recht auf

Einschränkung der Verarbeitung, die Mitteilungspflicht bei Berichtigung, Löschung oder Einschränkung an alle Empfänger, das Recht auf Datenübertragbarkeit sowie das Widerspruchsrecht.

Hohe Geldstrafen

Die Verbesserungen beim Datenschutz bzw. die neuen Bestimmungen sind durch **sehr hohe Geldbußen** bei Verstößen begleitet. So können bei **besonders schwerwiegenden Verstößen**, z.B. bei Verletzung der Betroffenenrechte oder auch bei Nichtbefolgung einer Anweisung der Aufsichtsbehörde, **Geldbußen bis zu 20 Mio. €** bzw. bis zu **4% des weltweit erzielten Vorjahresumsatzes** verhängt werden. Bei weniger schwerwiegenden Verstößen (z.B. bei Verletzung der Datensicherheitsvorschriften) beträgt die **maximale Geldbuße** immer noch **10 Mio. €** bzw. **2%** des weltweit erzielten **Vorjahresumsatzes**.

Kurz-Info: Abschaffung der "Mietvertragsgebühr" und weitere Neuerungen

- **Keine Mietvertragsgebühr/Bestandvertragsgebühr auf die Überlassung von Wohnraum**

Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt vom **10. November 2017** ist die Bestandvertragsgebühr auf die **Überlassung von Wohnraum** Geschichte! Die Abschaffung der sogenannten Mietvertragsgebühr für Wohnungen soll vor allem die **Mieter**, auf welche üblicherweise die Mietvertragsgebühr überwälzt wurde, **entlasten**. Bisher fiel eine Bestandvertragsgebühr/Mietvertragsgebühr i.H.v. **1%** an, welche von der vertraglich vereinbarten **Dauer** und von der Höhe der **Gegenleistung** abhängig war. So war z.B. bei einer monatlichen Miete von 600 € und dreijähriger Mietdauer eine Mietvertragsgebühr gem. Gebührengesetz von 216 € zu entrichten. Zu beachten ist, dass die Bestandvertragsgebühr auf die **Überlassung von Geschäftsräumen weiterhin besteht** und somit einen Kostenfaktor darstellt. Ebenso kann die Bestandvertragsgebühr bei der Überlassung von **gemischt genutzten Räumlichkeiten** (teilweise geschäftlich und teilweise privat) noch eine Rolle spielen.

- **Pensionsanpassung für 2018**

Um eine **Pensionserhöhung** über der **Inflationsrate** sicherzustellen, werden Pensionen (inklusive Ausgleichszulage) bis zu einer Höhe von 1.500 € um 2,2% angepasst. Bei Pensionen zwischen 1.500 € und 2.000 € gibt es einen monatlichen Pauschalbetrag von 33 €. Weitergehend bis zu (Ruhe)Bezügen von 3.355 € wird die Inflation (i.H.v. 1,6%) abgegolten. Danach sinkt die Erhöhung linear ab und bei einer **Pension** von **über 4.980 €** gibt es überhaupt **keine Aufstockung** mehr.

- **Änderungen bei der Notstandshilfe, indem die Anrechnung des Partnereinkommens gestrichen wird.**
- **Die Mittel zur Arbeitsmarktförderung für Behinderte sollen verdoppelt werden.**

Online-Werbung weiterhin nicht von der Werbeabgabe erfasst

Der **Verfassungsgerichtshof** (GZ E 2025/2016-16 vom 12.10.2017) hat mangels Aussicht auf Erfolg insgesamt 23 **Beschwerden** von **Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen** bzw. **Radiostationen** gegen die **Werbeabgabe abgelehnt**. Die Beschwerden waren gegen die **steuerliche Ungleichbehandlung verschiedener Werbeformen** gerichtet. Während **Werbeeinschaltungen in Druckwerken** bzw. in Hörfunk und Fernsehen der **fünfprozentigen Werbeabgabe** unterliegen, ist die stark zunehmende **Online-Werbung nicht von den Steuertatbeständen** im Werbeabgabegesetz **erfasst**. Die Beschwerdeführer sahen darin einen **Verstoß gegen den Gleichheitssatz** und sind deshalb an den VfGH herangetreten. Dieser hat allerdings festgehalten, dass es im **rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers** liegt, für **Werbung im Internet** - anders als für Werbung in Printmedien oder Radio - **keine Werbeabgabe** zu verlangen.

Die **Online-Werbung** mit einem geschätzten Volumen von jährlich über 800 Mio. € (etwa 20% vom gesamten Werbemarkt) ist daher **weiterhin nicht von der Werbeabgabe erfasst**. Der Umstand, dass Online-Werbung in erheblichem Ausmaß vom Ausland aus erbracht wird, hat die Politik schon mehrmals an Änderungen der Gesetzeslage denken lassen. Zuletzt sah das Regierungsübereinkommen vor circa einem Jahr vor, dass die **Online-Werbung steuerpflichtig werden soll** (Verbreiterung der Besteuerungsbasis) und gleichzeitig der **Steuersatz** aufkommensneutral **gesenkt** werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung diesbezüglich eine Änderung im Werbeabgabegesetz vornehmen wird.

Anwaltskosten der Tochter als außergewöhnliche Belastung beim Vater?

Ein **Vater** und gleichzeitig **Sachwalter** seiner aufgrund eines ärztlichen Kunstfehlers **behinderten Tochter** hatte **Klage** gegen die **Krankenanstalt** eingebracht und hatte die damit verbundenen **Rechtsanwaltskosten** als **außergewöhnliche Belastung geltend gemacht**. Fraglich war nun, ob die Rechtsanwaltskosten als außergewöhnliche Belastung beim Vater in Abzug gebracht werden können.

Um die **gesetzlichen Voraussetzungen** zu erfüllen, müssen außergewöhnliche Belastungen zunächst **außergewöhnlich** sein und **zwangsläufig erwachsen**. Zudem müssen diese die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen**. Eine Belastung ist für den Steuerpflichtigen als **zwangsläufig** zu beurteilen, wenn er sich ihr **aus tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann**. Unterhaltsleistungen für ein Kind sind aber prinzipiell durch die Familienbeihilfe sowie gegebenenfalls den Kinderabsetzbetrag abgegolten. **Darüber hinaus** sind **Unterhaltsleistungen** nur **insoweit abzugsfähig**, als sie zur Deckung von Aufwendungen gewährt werden, die beim **Unterhaltsberechtigten selbst** eine **außergewöhnliche Belastung** darstellen würden. Ein **Selbstbehalt** auf Grund eigener Einkünfte des Unterhaltsberechtigten ist **nicht zu berücksichtigen**.

Der **VwGH** (GZ Ro 2016/13/0026 vom 26.7.2017) **stellte** zunächst einmal **klar**, dass die **Tragung der Prozesskosten** zur Durchsetzung eines krankheitsbedingten Sonderbedarfs eines Kindes für die **unterhaltspflichtigen Eltern rechtlich verpflichtend** ist. **Strittig** war jedoch in diesem speziellen Fall, ob die **Prozesskosten zwangsläufig erwachsen** waren oder nicht. Die **Finanz** und das **BFG** gingen jeweils davon aus, dass die Prozessführung **mangels existenzbedrohender Notlage nicht zwangsläufig** sei. **Darauf kommt es aber laut VwGH nicht an**. Zwangsläufigkeit von Prozesskosten wird stets dann verneint, wenn die Prozessführung auf Tatsachen zurückzuführen ist, die vom

Steuerpflichtigen vorsätzlich herbeigeführt wurden oder die sonst die Folge eines Verhaltens sind, zu dem sich der Steuerpflichtige **aus freien Stücken** entschlossen hat. Dies war aber im vorliegenden Sachverhalt nicht gegeben. Da die **Prozessführung** konkret einen **existentiell wichtigen Bereich des Lebens** betrifft (lebenslange Pflege- und Rehabilitationsmaßnahmen), stellen die **Kosten** auch **beim Vater selbst** eine **außergewöhnliche Belastung** dar. Die **Prozesskosten** waren somit als **außergewöhnliche Belastung** absetzbar.

Neuerungen für ausländische Unternehmen im Schweizer Mehrwertsteuerrecht ab 1.1.2018

Mit 1.1.2018 werden die **Mehrwertsteuer-Regelungen** in der **Schweiz** für ausländische Unternehmer wesentlich **verschärft**. Dadurch sollen die mehrwertsteuerbedingten Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen abgebaut werden.

Vorab eine **Entwarnung** - für **reine Warenlieferungen** von ausländischen Unternehmen an Schweizer Unternehmen **ändert sich nichts**, sofern der **ausländische Lieferant nicht** als **Importeur** auftritt und die Einfuhrsteuer übernimmt. Umsatzsteuerlich befindet sich nämlich hier der **Lieferort** auch **weiterhin im Ausland**. Daher kommt es zu keiner relevanten Änderung. **Anders** jedoch bei **ausländischen Unternehmen**, die Lieferungen mit **umsatzsteuerlichem Lieferort Schweiz** durchführen. **Bisher** waren diese nur von der **Schweizer Mehrwertsteuer befreit**, wenn die **steuerbaren Umsätze in der Schweiz** und Liechtenstein zusammen **100.000 CHF unterschritten** haben. Neu ab 1.1.2018 ist nun, dass die **weltweiten Umsätze** für die **Begründung der Mehrwertsteuerpflicht maßgebend** sind. Erbringt ein Unternehmer mit **weltweiten steuerbaren Umsätzen über 100.000 CHF** Lieferungen mit **Lieferort Schweiz**, hat sich der Unternehmer **in der Schweiz zu registrieren** und **Mehrwertsteuer abzuführen**.

Ein **Reverse Charge System** für (sonstige) Leistungen, wie es in der Europäischen Union üblich ist, **gibt es in der Schweiz nicht**. **Leistungen** eines ausländischen Unternehmens an ein Schweizer Unternehmen mit **Leistungsort Schweiz** unterliegen der sogenannten **Bezugsteuer**. Mit dieser **Bezugsteuer** geht die **Mehrwertsteuerschuld** ähnlich wie beim Reverse Charge System **auf den Leistungsempfänger über**, wenn der leistende Unternehmer **weder** in der Schweiz **ansässig noch umsatzsteuerlich registriert** ist und es sich beim **Leistungsempfänger** um einen in der Schweiz ansässigen Unternehmer handelt. Der ausländische Unternehmer muss sich also in diesen Fällen nicht in der Schweiz registrieren. Allerdings ist zu beachten, dass die **Definition** einer **Leistung** in der Schweiz **deutlich enger gefasst** wird als in Österreich. Vor allem im Bauhaupt und -nebengewerbe gibt es **Unterschiede zur österreichischen Definition**. Beispielsweise zählen **reine Arbeitsleistungen** (wie Reparaturen, Montagen und Reinigung an Anlagen) und das Überlassen eines Gegenstandes zum Gebrauch **nicht als Leistungen im Sinne des Schweizer Mehrwertsteuergesetzes**. Ebenso für Architektenleistungen mit Grundstücksbezug in der Schweiz und Telekommunikations- und elektronische Dienstleistungen an Nichtunternehmer bestehen **Ausnahmeregelungen**. Erzielt ein **ausländisches Unternehmen** in diesen Fällen mit solchen "Leistungen" in der Schweiz **weniger als 100.000 CHF**, aber **weltweit mindestens 100.000 CHF Umsatz**, wird es ab 1.1.2018 **erstmalig mehrwertsteuerpflichtig** in der Schweiz.



Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr 2018

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen sowie allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein **frohes Weihnachtsfest** und ein **erfolgreiches Jahr 2018!**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klienten-Info, Klier, Krenn & Partner KG, Redaktion: 1090 Wien, Julius-Tandler-Platz 6/9. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at